



Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt und Gesundheit



EINGEGANGEN

15. OKT. 2013

Erl.:

StMUG - Postfach 81 01 40 - 81901 München

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Pettenkoferstr. 10 a/l
80336 München

Ihre Nachricht
30.07.2013

Unser Zeichen

Telefon +49 (89) 9214

München
11.10.2013

Ihr Antrag vom 30.07.2013 zum Zugang zu Unterlagen im Zusammenhang
mit dem Vollzug des Atomgesetzes (AtG) beim Kernkraftwerk Gundremmingen
(KRB II);

Anlage:
1 CD
1 Kostenrechnung

Sehr geehrte Herr sehr geehrter Herr

zu Ihrem Antrag vom 30.07.2013 erlassen wir folgenden

Bescheid:

I.

1. Mit der beigefügten CD erhalten Sie

- zum Thema Leistungserhöhung 1) mit 4) folgende Unterlagen:
 - Antrag des Antragstellers RWE auf Leistungserhöhung vom 14.09.1999,
 - Antrag des Antragstellers RWE auf Leistungserhöhung vom 19.12.2001,

- Gutachten zur Erhöhung der thermischen Reaktorleistung auf 4000 MW, TÜV Süd Industrie Service GmbH (TÜV IS), Dezember 2007,
- Stellungnahme zur Erhöhung der thermischen Reaktorleistung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KRB-II) auf 4000 MW, Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), Juli 2009
- Stellungnahme zu den Empfehlungen und Hinweisen in der GRS-Stellungnahme zur Erhöhung der thermischen Reaktorleistung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KRB II) auf 4000 MW vom Juli 2009, TÜV IS, Juni 2010,
- Zusammenstellung von Fragen zur Leistungserhöhung KRB-II –Entwurf--, Reaktorsicherheitskommission (RSK) Redaktionsgruppe KRB II, 08.12.2008
- Stellungnahme zur Zusammenstellung von Fragen zur Leistungserhöhung KRB II (Stand 08.12.2008) der RSK Redaktionsgruppe KRB II, TÜV IS, Juni 2010,
- Nachtrag zum Gutachten zur Erhöhung der thermischen Reaktorleistung auf 4000 MW, TÜV IS, 28.09.2010,
- Bewertung der aktualisierten Genehmigungsunterlagen, TÜV IS, 20.04.2012,
- Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 29.06.2012,
- zum Thema Hochwasser b) folgende Unterlage:
 - Schreiben des Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft zum Hochwasserabfluss der Donau mit einer Jährlichkeit von 10^4 vom 28.06.1996

Die Herausgabe der Kopien erfolgt dahingehend eingeschränkt, dass personenbezogene Daten geschwärzt wurden.

2. Die Herausgabe einer Kopie des aktuellen Genehmigungsentwurfs des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit zum Antrag auf Leistungserhöhung im KRB II sowie der Genehmigungsunterlagen wird abgelehnt.
3. Mit nachfolgenden aufgelisteten Internetangeboten verweisen wir
 - zum Thema Leistungserhöhung 5) mit 7) auf
 - den Abschlussbericht zum Stresstest europäische Kernkraftwerke unter Berücksichtigung der Ereignisse in Fukushima-I (Japan):
<http://www.kkw-gundremmingen.de/fakten.php>

- den Aktionsplan zur Umsetzung von Maßnahmen nach dem Reaktorunfall in Fukushima:

<http://www.bmu.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/atomenergie-sicherheit/fukushima-folgemaassnahmen/eu-stresstest/>

- die Nachrüstliste - Sicherheitstechnische Anforderungen / Maßnahmen zur weiteren Vorsorge gegen Risiken:

<http://www.bmu.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/liste-mit-sicherheitstechnischen-anforderungen-nachruestliste/>

- zum Thema Hochwasser a) und c) auf

- den Abschlussbericht zum Stresstest europäische Kernkraftwerke unter Berücksichtigung der Ereignisse in Fukushima-I (Japan):

<http://www.kkw-gundremmingen.de/fakten.php>

- den Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die zweite außerordentliche Tagung im August 2012 zum Übereinkommen über nukleare Sicherheit:

http://www.bfs.de/de/kerntechnik/uebereinkommen_nukleare_sicherheit/CNS_Bericht_2012_de.pdf

4. Für die Entscheidung über die Herstellung und Überlassung der Kopien wird eine Gebühr i. H. v. 82,50 € erhoben.

II.

Gründe

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 30.07.2013 haben Sie auf Grundlage des Bayerischen Umweltinformationsgesetzes (BayUIG) beantragt, Ihnen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die im Zusammenhang mit dem Antrag auf Leistungserhöhung und dem Schutz vor Hochwasser im Kernkraftwerk Gundremmingen (KRB II) stehen. Sie haben dabei um elektronische Bereitstellung der Unterlagen gebeten. Soweit nicht Gründe des Art. 7 oder des Art. 8 BayUIG entgegenstanden, haben wir digitale Kopien der Unterlagen erstellt und beigelegt.

Begründung:

1. Gemäß Art. 8 Abs. 1 Nr. 1 BayUIG ist ein Antrag abzulehnen, soweit durch das Bekanntgeben der Informationen personenbezogene Daten offenbart und dadurch schutzwürdige Interessen der Betroffenen beeinträchtigt würden, es sei denn die Betroffenen hätten zugestimmt oder das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwäge. Die sich aus den erbetenen Unterlagen ergebenden Namen der Ersteller der Unterlagen stellen personenbezogene Daten i. S. d. Art. 8 Abs. 1 Nr. 1 BayUIG dar. Die Betroffenen haben der Bekanntgabe nicht zugestimmt. Durch eine Bekanntgabe würden sie sich der Gefahr aussetzen, persönlich im Hinblick auf den Inhalt der Unterlagen angegriffen zu werden. Da die Namen der Ersteller im Hinblick auf Inhalt und Bewertung der Unterlagen keine Relevanz haben, ist der Schutz des Persönlichkeitsrechts höher zu bewerten als das öffentliche Interesse an der Information. Die in den Unterlagen zu I.1 enthaltenen personenbezogenen Daten wurden daher geschwärzt. Hierzu zählen unter anderem Namenskürzel und Aktenzeichen, auf Grund derer sich Rückschlüsse auf bei der Verfassung von Schriftstücken Beteiligter ergeben könnten.
2. Die Übersendung der Unterlagen unter I.2 wird abgelehnt. Beim aktuellen Genehmigungsentwurfs zum Antrag auf Leistungserhöhung im KRB II handelt es sich um ein nicht abgeschlossenes Schriftstück nach Art. 7 Abs. 2 Nr. 4 BayUIG. Das Bekanntwerden des Genehmigungsentwurfs sowie der Genehmigungsunterlagen hätte nachteilige Auswirkungen auf die Vertraulichkeit der Beratungen der betroffenen informationspflichtigen Stellen nach Art. 7 Abs. 2 Nr. 2 BayUIG.

Nicht abgeschlossen ist ein Schriftstück nach Art. 7 Abs. 2 Nr. 4 BayUIG unter anderem, wenn hieran noch Vervollständigungen und Ergänzungen durch Dritte vorgenommen werden, die diese Arbeitsergebnisse der informationspflichtigen Stelle zur Fertigstellung des Schriftstücks zur Verfügung stellen. In dem besonderen Fall der Bundesauftragsverwaltung entspricht es dem üblichen Vorgehen, dass das StMUG der Bundesbehörde Genehmigungsentwürfe und bei Bedarf weitere Unterlagen zur Verfügung stellt, zu denen die Bundesbehörde im Hinblick auf eine Ergänzung, Vervollständigung oder Änderung eine bundesaufsichtliche Stellungnahme abgibt, die vom StMUG zu berücksichtigen ist.

Das Geheimhaltungsinteresse der Verwaltung überwiegt im konkreten Fall das Herausgabeinteresse. Die mögliche Veröffentlichung eines noch abzustimmenden Genehmigungsentwurfs und der Genehmigungsunterlagen birgt die Gefahr, dass den beteiligten

Behörden eine sachorientierte Ermittlung und Bewertung der Sachverhalte erschwert wird. Dieser abstrakten Gefahr ist vorzubeugen, so dass eine Herausgabe des Genehmigungsentwurfes und der Genehmigungsunterlagen erst nach deren Fertigstellung in Betracht kommt.

3. Entsprechend Art. 3 Abs. 2 BayUIG kann die informationspflichtige Stelle auf eine leicht zugängliche Art des Zugangs zu den beantragten Informationen verweisen. Die im Antragschreiben zum EU-Stresstest, zum Nachrüstbedarf und zum Hochwasserrisiko angeforderten Unterlagen sind unter anderem auf den unter I.3 zitierten Internetpräsenzen abrufbar.
4. Gemäß Art. 12 BayUIG werden für die Übermittlung von Informationen Kosten erhoben. Aus Tarifstelle 1.I.10/2.1 des Kostenverzeichnisses zum bayerischen Kostengesetz ergibt sich für die Eröffnung des Zugangs zu Umweltinformationen ein Gebührenrahmen von 10 bis 2.500 €. Eine einfache schriftliche Auskunft, die gebührenfrei wäre, liegt nicht vor. Für die Beantwortung der Anfrage wurden elf Dateien erstellt. Die Gebühr orientiert sich daher an der allgemeinen Tarifstelle für die Entscheidung über die Herstellung und Überlassung von Kopien. Sie sieht für elf Dateien eine Gebühr in Höhe von 82,50 € vor.

Auf die anliegende Kostenrechnung wird verwiesen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München,

Postfach 20 05 43, 80005 München (Postanschrift) bzw.

Bayerstraße 30, 80335 München (Hausanschrift)

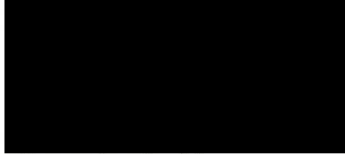
schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Klageerhebung in elektronischer Form (z.B. durch E-Mail) ist unzulässig.

Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit dem 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Mit freundlichen Grüßen



Gewerbedirektor